



Interviews

Datum: 08. Mai 2024

Interview mit Burkhard Jung, SPD zum Schutz von Wahlkämpfern und Kommunalpolitikern im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann.

Dirk-Oliver Heckmann: Das Thema können wir vertiefen mit Burkhard Jung von der SPD. Er ist Oberbürgermeister von Leipzig und Vizepräsident des Deutschen Städtetages. – Guten Morgen, Herr Jung.

Burkhard Jung: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Jung, die Übergriffe auf Kommunalpolitiker und ihre Wahlkampfshelfer nehmen zu. Jetzt ist auch Wirtschaftssenatorin Giffey angegriffen worden. In Dresden kam es zu einer weiteren Attacke auf eine Grünen-Politikerin. Was löst das in Ihnen aus?

Jung:

Ich habe kaum noch Worte dafür. – Ich habe kaum noch Worte dafür. – Seit Jahren beobachten wir diese verbale Gewalt und es war nur eine Frage der Zeit, bis das immer stärker auch in Taten umgesetzt wird. Was Matthias Ecke jetzt passiert ist, was Franziska Giffey passiert ist, was in vielen, vielen Gemeinden und Kommunen passiert, Beschädigung, Sachbeschädigung ist das eine, dass die Plakate abgerissen werden, verhunzt werden, aber jetzt zunehmend Menschen behindert werden bei ihrem ehrenamtlichen Tun. Eigentlich sind wir seit 2015 in dieser Debatte und sie bricht jetzt noch mal ganz massiv auf, aber es ist wenig passiert.

Heckmann: Wo soll das enden?

Jung: Wenn der Rechtsstaat nicht ganz klar und deutlich hier die Grenzen markiert und auch zu schnelleren Verfahren kommt, Stichwort Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die wir in einigen Ländern haben, zu schnellen Ergebnissen bei den Strafverfahren kommt, sozusagen Zähne zeigt, dann geht uns hier die Demokratie vor die Hunde. Menschen sind hier ehrenamtlich tätig, agieren im Rahmen des Grundgesetzes, nämlich die Parteien wirken an der Willensbildung mit. Darauf fußt unsere gesamte parlamentarische Demokratie. Insofern sind wir hier wirklich an den Wurzeln unseres Staatssystems.

Heckmann: Merken Sie das an den Reaktionen bei Ihnen in Leipzig, bei Ihren Kolleginnen und Kollegen, auch bei den ehrenamtlichen Helfern, dass sie stärker verunsichert sind?

Jung: Ja! Eine Stadträtin sagt mir jetzt, ich gehe mit Sicherheit nicht mehr alleine, nachts bin ich nicht mehr unterwegs, wir hängen nicht mehr alleine Plakate auf, sondern nur noch in Gruppen. Die Angst geht um und Angst ist so ziemlich das schlimmste, was uns passieren kann in einer demokratischen Partei, in einer parlamentarischen Demokratie. – Sie merken, ich suche etwas nach Worten, weil wir alle ein bisschen fassungslos sind.

Heckmann: Das ist gar nicht schlimm. Das merkt man Ihnen an, Ihre Betroffenheit, und es sind ja auch sehr ernste Vorgänge. – Würden Sie denn sagen, dass die Lage in den östlichen Bundesländern extremer ist als im Westen, oder macht das keinen Unterschied aus Ihrer Sicht?

Jung: Ich glaube, es ist schon ein quantitativer Unterschied. Wir erleben es stärker offensichtlich in den ostdeutschen Regionen, aber es ist ein gesamtdeutsches Thema. Die Polarisierung nimmt zu, die Enthemmung nimmt zu. Es beginnt in den sozialen Netzwerken mit unglaublicher verbaler Brutalität und wenn wir hier nicht abrüsten und wenn wir nicht wirklich zurückkehren zu einer klaren Ahndung, was geht und was geht nicht - Heiko Maaß war Justizminister. Da habe ich zum ersten Mal 2015 bei den Diskussionen gesagt, wir brauchen einen Katalog zu schnellen Aburteilungen bei Staatsanwaltschaften. Denn wenn ich mir vorstelle, tierische Vergleiche, Morddrohungen, Verfolgungen, Ankündigungen, Menschen vor ihren Häusern aufzulauern, die Kinder an der Schule zu bedrohen, ich glaube, dass man das etwas stärker katalogisieren kann und dann auch zu schnelleren Urteilen kommt und klar und deutlich das nicht als Kavaliersdelikt abtut.

Heckmann: Wir kommen gleich noch mal zu den Maßnahmen, die aus Ihrer Sicht da angezeigt sind, aber ich möchte noch mal einen kurzen Schritt zurückgehen. Auch die Übergriffe auf AfD-Funktionäre haben zugenommen, das gehört zum Gesamtbild dazu.

Jung: Absolut, ja.

Heckmann: Die Rhetorik – Sie haben es selber gesagt – im politischen Raum ist drastisch geworden. Welche Verantwortung trägt die AfD und ähnliche Gruppierungen aus Ihrer Sicht?

Jung: Erster Satz: Jeder AfD-Politiker, der ebenfalls Opfer wird, ist ein unerträglicher Vorgang. Er verdient genauso Solidarität. Gewalt ist kein Zustand. Aber zur Wahrheit gehört, AfD-Politikerinnen und Politiker haben sehr stark gezündelt und zündeln immer noch. Das erleben wir tagtäglich, wie sie rassistische Äußerungen gutheißen. Ich sage Ihnen einen Zuruf bei mir im Stadtrat: „Du kommst auf unsere Liste.“ Das sind ganz klare Drohungen, das sind immer wieder Entgleisungen und haarscharf an der Kante der Strafverfolgung sich bewegend, und das gehört zur Wahrheit. Die AfD ist wesentlich mitverantwortlich für diese Verrohung der politischen Kultur.

Heckmann: Die Frage ist, was muss geschehen. Innenministerin Faeser fordert mehr sichtbare Polizeipräsenz an Wahlkampfständen und bei Veranstaltungen, auch eine schnelle Antwort der Justiz, eine schnellere Antwort der Justiz. Da sind auch Schnellverfahren, die möglich sind, im Gespräch, die stärker anzuwenden. Die Innenminister von Bund und Ländern wollen schärfere Strafen prüfen, möglicherweise auch neue Straftatbestände einführen. Reicht Ihnen das?

Jung: Die Lösung kann ja nicht sein, dass an jedem Wahlkampfstand jetzt ein Polizist steht, und insofern ist in der Tat erstens eine schnellere Reaktion der Justiz gefordert. Ich glaube, das ist wichtig, einen solchen Weg zu gehen. Wir fordern das schon seit langer Zeit: Schnelle Verfahren, klare Katalogisierung, klare Identifikation und nicht Verniedlichung.

Das zweite ist, wir brauchen insgesamt in den Gemeinderäten, in den Stadtparlamenten, in der Landespolitik, auf der Bundesebene eine ganz, ganz, ganz schnelle Diskussion zu unserer politischen Kultur und einer verbalen Abrüstung. Wir müssen uns wirklich abrüsten in Bezug auf unsere politischen Äußerungen. Und ich glaube auch, dass jetzt insbesondere die sozialen Medien gefordert sind. Hier müssen wir noch stärker hinschauen. Da ist was passiert, da sind auch Selbstkontrollen eingeführt worden, es wird deutlicher hingeschaut, aber es reicht nicht. TikTok, Facebook und Co. Müssen sich fragen, ob sie noch viel massiver und viel offensiver einschreiten bei extremistischen Äußerungen.

Heckmann: Hat Justizminister Buschmann recht, der davor warnt, dass das aufgeheizte Klima durch Polizei und Justiz allein in den Griff zu bekommen ist?

Jung: Er hat völlig recht, dass es damit nicht allein in den Griff zu bekommen ist. Aber die erste Botschaft muss sein, wir müssen hier deutlich besser werden. Lassen Sie mich noch ein Beispiel sagen: Ich habe in den letzten drei Jahren über 50 Anzeigen gegen Bedrohung und gegen Morddrohungen an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. In zwei Fällen ist dazu eine Verurteilung erfolgt, weil in der Regel man es abtut als normale üble Nachrede, mit der

man agieren muss und die man ertragen muss, und das ist das Problem. Wir sind viel zu lasch, viel zu luschtig in dieser Frage.

Heckmann: Woran liegt das?

Jung: Ich glaube, man hat sich fast daran gewöhnt, an Beleidigungen, an Stalking, und die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, dass in der freien Meinungsäußerung ein hohes Gut liegt, was ja auch richtig ist, und die Grenze wahrscheinlich sehr schwer zu bestimmen ist. Umso wichtiger ist es, einen Konsens herbeizuführen, meinerwegen mit einer Expertenkommission, um hier die Grenzen ganz klar zu markieren. Wo ist die rote Linie? – Wenn die Kinder bedroht werden, wenn der Mord, die körperliche Androhung passiert, wenn tierische Vergleiche der Entwürdigung passieren. Ich glaube, dass es möglich ist, hier Kriterien zu entwickeln, die uns das leichter machen, auch bei der Staatsanwaltschaft eine klare Grenze zu ziehen. Als der Galgen mit Frau Merkel in Dresden von Pegida durch die Gegend getragen wurde, hat man zum ersten Mal geschlafen. Da hätte man eingreifen müssen.

Heckmann: Welche Rolle, Herr Jung, spielen in dem Zusammenhang Bildung und auch Demokratieprojekte, die teilweise um ihre Fortsetzung fürchten müssen, angesichts der Haushaltslage in den öffentlichen Haushalten? Erreicht man damit überhaupt diejenigen, die solche Übergriffe planen und durchführen?

Jung: Irgendwann ist es zu spät, aber ich glaube schon, dass wir anfangen müssen mit politischer Bildung letztlich im Kindergarten. Da geht es um Partizipation und um Willensbildung und um Demokratieerfahrung, aber auch in den Grundschulen, in den weiterführenden Schulen, in der Erwachsenenbildung. Ich halte sehr viel davon und ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dort nicht die Streichliste zu haben und dort nicht das Geld wegzunehmen. Aber es ist ein langer Weg. Ich glaube, dass wir in den letzten 15 Jahren viel, viel politisches Kapital verloren haben in der Verrohung unserer verbalen Situation.

Heckmann: Ein langer Weg, sagen Sie. Ganz kurz noch zum Schluss vielleicht, was das politische Klima angeht, die Polarisierung, die Spaltung. Denken Sie, dass populistische oder auch rechtsextreme Kräfte überhaupt ein Interesse daran haben, diese Spaltung abzubauen, verbal abzurüsten?

Jung: Nein, auf keinen Fall! Ich glaube – das werden Soziologen besser noch erörtern können -, es ist eine Strategie. Die Verunsicherung, die Polarisierung, die Hetze, die Schützengräben, in die man sich begibt, dienen dazu, eine Verunsicherung in der Bevölkerung zu erzielen und im Prinzip die Weimarer Verhältnisse heraufzubeschwören, die nach dem starken Mann rufen. Es ist eine ganz klare Strategie von Rechtsaußen.

Heckmann: Sehen Sie diese Weimarer Verhältnisse mittlerweile?

Jung: Nein, Gott sei Dank sind wir noch nicht soweit. Aber natürlich gibt es Anklänge und natürlich erinnert man sich, wenn man ein wenig in der Geschichte blättert, wie die Nazis das gemacht haben, damals in Thüringen, wie sie versucht haben, Schritt für Schritt durch die Institutionen zu marschieren. Das erleben wir ganz klar auch bei der AfD, die als Wolf im Schafspelz daherkommt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.